

SpiFa: Wenn Sparen, dann aber gerecht: Einseitige Kürzungen gefährden die Versorgung!

Berlin, 9. April 2026 – Der Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFa) fordert angesichts der Einsparüberlegungen im ambulanten Bereich eine gerechte Lastenverteilung und warnt davor, die ambulante fachärztliche Versorgung zum Nachteil der Patientinnen und Patienten strukturell zu schwächen.

Wenn die Regierungskoalition Einsparungen im Gesundheitswesen in Milliardenhöhe für unvermeidbar hält und „alle mit ins Boot geholt werden müssen“, wie die Bundesministerin für Gesundheit Nina Warke erklärt hat, dann greifen die Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit zu kurz.

Einsparungen führen zur Schwächung von Strukturen im ambulanten Gesundheitsbereich. Das hat der Vizevorsitzende der Kommission, Prof. F. Gerlach, erklärt. Gerade deshalb dürfen Kürzungen nicht einseitig erfolgen, sondern müssen auf möglichst viele Schultern verteilt werden.

Tatsächlich hat die Kommission für den Bereich der ambulanten Versorgung weit überwiegend nur Vorschläge zu Einsparungen bei niedergelassenen Fachärztinnen und Fachärzten gemacht. Allein hier sollen bis zu 3,2 Mrd. Euro gestrichen werden – davon entfallen rund 2,5 Mrd. auf die grundversorgenden Fachärztinnen und Fachärzte, etwa in den Bereichen Urologie, Dermatologie, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Orthopädie, Neurologie, Psychiatrie, Gynäkologie und Augenheilkunde. Genau diese Struktur zu schwächen, ergibt keinen Sinn, stellt der Bedarf an Facharztterminen doch den Dreh- und Angelpunkt der Reform der Primärversorgung dar.

Der SpiFa stellt klar:

Einsparungen im niedergelassenen Bereich müssen von Haus-, Kinder- und Fachärztinnen und -ärzten sowie psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten gemeinsam getragen werden. Nur so wird kein Bereich überbelastet. Nur so können die Auswirkungen der Einsparungen für Patientinnen und Patienten möglichst gering gehalten werden.

Umso unverständlicher ist es, dass bewährte Strukturen wie die offene Sprechstunde oder die Terminvermittlung über die Terminservicestellen zwar erhalten bleiben sollen, ihre Finanzierung jedoch infrage gestellt wird. Das ist weder sachgerecht noch betriebswirtschaftlich nachvollziehbar.

Der SpiFa erkennt an, dass das BMG und die Regierungskoalition vor schwierigen Entscheidungen stehen. Der Verband arbeitet aktiv an den Reformvorschlägen mit und bringt sich konstruktiv auch in die Spardiskussion ein.

Entscheidend ist jetzt, Vertrauen in die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen zu sichern. Dieses Vertrauen wird untergraben, wenn Finanzierungen gestrichen werden, während Verpflichtungen bestehen bleiben.

Der Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. fordert daher: Einsparungen müssen gerecht verteilt werden und dürfen das notwendige Maß nicht

Überschreiten. Jede Schwächung von Versorgungsstrukturen hat unmittelbare Folgen für die Patientinnen und Patienten.

www.spifa.de

Der SpiFa repräsentiert mit seinen Mitgliedsverbänden über 150.000 Fachärztinnen und Fachärzte in Klinik und Praxis. Ziel ist die Vertretung derer übergeordneten Interessen gegenüber Politik, Selbstverwaltung und anderen Verbänden, sowie deren politische Durchsetzung auf Bundes- und Landesebene.

Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFa)

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Dr. med. Dirk Heinrich, Dr. med. Helmut Weinhart,
Prof. Dr. med. Hermann Helmberger, Dr. med. Petra Bubel,
Dr. med. Norbert Smetak, Jan Henniger, Markus Haist (kooptiert),
Dr. med. Anna-Katharina Doepfer (kooptiert)

Hauptgeschäftsführer: Dr. iur. André Byrla

Pressekontakt: Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V.
Frau Anna Sophia Heinrich
Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Robert-Koch-Platz 9, 10115 Berlin
presse@spifa.de

Folgen Sie uns gerne auf LinkedIn!

